

Wien, 30. März 2023

Sperrfrist: 30. März 2023, 10:00 Uhr

Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2023–2024

Robuster Arbeitsmarkt stützt Konjunktur

Die Wirtschaftsleistung in Österreich stagniert seit der Jahresmitte 2022. Die von den Energiepreisen getriebene Inflation, die hohe Unsicherheit und die schwache internationale Nachfrage bremsen die heimische Konjunktur. Mit der anziehenden Weltkonjunktur und dem nachlassenden Preisdruck dürfte die österreichische Volkswirtschaft in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres wieder auf einen stabilen Wachstumspfad einschwenken. Somit erwartet das Institut für die Jahre 2023 und 2024 Wachstumsraten von 0,5 % bzw. 1,4 %. Im heurigen Jahr dürfte die Inflationsrate mit 7,5 % höher ausfallen als im Dezember erwartet. Im kommenden Jahr sollte der Preisanstieg auf 3,5 % zurückgehen. Mit rund 6,3 % wird die Arbeitslosenquote in den beiden Prognosejahren voraussichtlich niedrig bleiben. Vor dem Hintergrund der hohen Inflation und der zukünftigen Belastungen der öffentlichen Haushalte ist eine restriktive Fiskalpolitik dringend notwendig.

Getrieben vom Aufholprozess nach der Corona-Pandemie ist die österreichische Volkswirtschaft im vergangenen Jahr um 5,0 % gewachsen. Besonders kräftig expandierten die Exporte und der private Konsum, hingegen verzeichneten die Investitionen ein leichtes Minus. Nach der starken Expansion in der ersten Jahreshälfte stagnierte die Wirtschaftsleistung im restlichen Jahresverlauf. Hierbei drückten die von den Energiepreisen getriebene Rekordinflation sowie die ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen im Verein mit der hohen Unsicherheit über die weitere Entwicklung auf die heimische Volkswirtschaft. Das Institut geht davon aus, dass sich die konjunkturelle Schwächephase im ersten Halbjahr 2023 fortsetzt. Mit dem nachlassenden Preisdruck und dem leichten Anziehen der internationalen Konjunktur dürfte die heimische Wirtschaft ab dem Sommer wieder expandieren und auf einen stabilen Wachstumskurs zurückkehren. Somit erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2023 eine Zunahme der Wirtschaftsleistung um 0,5 %. Im Jahr 2024 sollte sich das Wirtschaftswachstum auf 1,4 % beschleunigen.

Die Weltwirtschaft hat im Lauf des Jahres 2022 deutlich an Schwung verloren und legte zu Jahresende kaum zu. Bremsend wirkten der starke Anstieg der Energiepreise, die hohe Unsicherheit und die Straffung der Geldpolitik. Der private Konsum litt unter der

hohen Inflation, die Anlageinvestitionen unter der Unsicherheit und den schlechteren Finanzierungsbedingungen. Die Lockdowns in China im vierten Quartal trugen maßgeblich zur weltweit nachlassenden Industrieproduktion bei. In den USA legte die Wirtschaft nach Rückgängen in der ersten Jahreshälfte im vierten Quartal um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal zu. Hingegen stagnierte die Wirtschaft im Euroraum nach einem Wachstum von 0,4 % im dritten Quartal. Die Indikatoren lassen eine nur sehr langsame Belebung der Weltkonjunktur erwarten. Die notwendige Straffung der Geldpolitik verschlechtert die Finanzierungsbedingungen für Haushalte und Unternehmen. Vor dem Hintergrund fallender Rohstoff- und Energiepreise hellte sich die Stimmung bei Haushalten und Unternehmen weltweit seit der Jahreswende etwas auf. Weiters haben sich die Lieferengpässe deutlich verringert. Der milde Winter und die aufgrund der hohen Preise geringe Nachfrage trugen zur Entspannung an den Energiemärkten bei. Wegen der fallenden Energiepreise und der strafferen Geldpolitik dürfte der Inflationsdruck langsam nachlassen. Insgesamt sollte sich die internationale Konjunktur annähernd so wie in der Winter-Prognose erwartet entwickeln. Die US-Wirtschaft dürfte im laufenden Jahr um 1,1 % und im kommenden Jahr um 1,3 % zulegen. Mit dem Wegfall der coronabedingten Einschränkungen sollte die chinesische Wirtschaft um 5,3 % bzw. 4,0 % wachsen. Aufgrund des kräftigen Aufholprozesses im ersten Halbjahr legte die Wirtschaft im Euroraum im Vorjahr um 3,5 % zu. Im laufenden Jahr dürfte das Wachstum 0,6 % betragen und sich im Jahr 2024 auf 1,5 % beschleunigen. Für die Weltwirtschaft werden Wachstumsraten von 2,6 % bzw. 2,9 % erwartet.

Im vergangenen Jahr hat der reale private Konsum in Österreich mit einer Zunahme um 4,2 % besonders stark von der Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen profitiert. Im laufenden Jahr dämpft die hartnäckig hohe Inflation weiterhin die Entwicklung der Realeinkommen und drückt auf die Konsumstimmung. Eine weitere Rücknahme der Sparquote auf 7,2 % sollte aber eine Zunahme des Konsums um 0,6 % erlauben. Mit den anziehenden Realeinkommen dürfte sich das Konsumwachstum im kommenden Jahr auf 1,8 % beschleunigen.

Die Investitionstätigkeit wird im Prognosezeitraum wohl schwach bleiben. Bereits im Vorjahr sind die Anlageinvestitionen um knapp 1 % gesunken. Bremsend wirkten die hohe Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine sowie insbesondere die kräftig gestiegenen Energiepreise. Die Straffung der Geldpolitik hat die Finanzierungskosten stark erhöht. Vor dem Hintergrund der verhaltenen internationalen Konjunktur wird im laufenden Jahr daher nur eine Stagnation der Ausrüstungsinvestitionen erwartet. Die hohen Baupreise und die deutlich gestiegenen Zinsen dürften zu einem Rückgang der Bauinvestitionen um 1,5 % führen. Mit der Erholung der Weltwirtschaft sollte sich das Investitionsklima im kommenden Jahr etwas aufhellen. Die Investitionen in Ausrüstungen könnten um 2,0 % zulegen und die

Bauinvestitionen erstmals nach zwei Jahren nicht mehr fallen. Damit werden die Anlageinvestitionen im laufenden Jahr um 0,7 % zurückgehen und nächstes Jahr um 1,0 % zulegen.

Während die österreichische Exportwirtschaft im Vorjahr noch von einer recht kräftigen internationalen Nachfrage profitiert hat, werden die heimischen Exportmärkte im Einklang mit der Entwicklung des Welthandels im laufenden Jahr nur wenig expandieren. Die Warenexporte dürften damit nur um 1,0 % zulegen. Im kommenden Jahr könnte sich das Wachstum auf 3,0 % beschleunigen. Beim Reiseverkehr dürfte sich der Aufholprozess nach der Corona-Pandemie mit etwas verlangsamten Tempo fortsetzen. Somit werden die Gesamtexporte laut VGR im Prognosezeitraum voraussichtlich um 1,7 % bzw. 3,2 % ansteigen. Laut Prognose steigen die Gesamtimporte laut VGR um 1,1 % bzw. 3,2 %. Von der Außenwirtschaft dürfte somit ein geringer positiver Wachstumsbeitrag ausgehen.

Getrieben von den Energiepreisen betrug die Inflationsrate im Durchschnitt des vergangenen Jahres 8,6 %. Im Jahresverlauf hat sich die Inflation deutlich beschleunigt und an Breite (etwa Nahrungsmittel, Gastronomie) gewonnen. Während sich der Preisauftrieb im Euroraum zur Jahreswende aufgrund nachlassender Energiepreise merklich verlangsamt hat, betrug die heimische Inflation in den ersten beiden Monaten noch rund 11 %. Die Entwicklung der Energiepreise erklärt ein gutes Drittel des Differenzials zum Euroraum, bedenklich ist die Entwicklung der Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel). So sind etwa die Preise im Bereich Restaurants/Gaststätten um mehr als 13 % angestiegen. Aufgrund der Basiseffekte sollte der Preisanstieg ab März merklich zurückgehen. Die rückläufigen internationalen Energie- und Rohstoffpreise sowie die Entspannung bei den globalen Lieferketten stellen inflationsdämpfende Faktoren dar. Dem wirken Zweitrundeneffekte und steigende Lohnstückkosten entgegen. Relativ gesehen werden die Dienstleistungspreise an Bedeutung gewinnen. Ausgehend von den hohen Werten zu Jahresbeginn muss die Inflationsprognose für den Jahresdurchschnitt 2023 auf 7,5 % angehoben werden. Im Jahresschnitt 2024 wird die Inflationsrate voraussichtlich auf 3,5 % zurückgehen.

Das Institut geht davon aus, dass die Konjunkturschwäche kaum Spuren am Arbeitsmarkt hinterlässt. In den beiden Prognosejahren dürfte die Beschäftigung jeweils um rund 1 % zulegen und die Arbeitslosenquote auf rund 6,3 % verharren. Die Zahl der offenen Stellen wird vermutlich merklich sinken. Die Arbeitsmarktprogno­se fällt damit noch etwas optimistischer als im Dezember aus. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sollten, neben der notwendigen Aus- und Weiterbildung, Maßnahmen zur Stärkung des Arbeitskräftepotenzials (etwa Integrationsmaßnahmen, Anreize zum längeren Arbeiten, gesundheitliche Prävention, Vereinbarkeit Beruf und Familie usw.) ausgebaut werden.

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich aufgrund der Krisen der letzten Jahre merklich verschlechtert. Trotz des starken Wachstums und des allmählichen Wegfalls der staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen betrug das gesamtstaatliche Defizit im Vorjahr voraussichtlich gut 3 % des BIP. Für das laufende Jahr erwartet das Institut eine Defizitquote von 2,9 %. Aufgrund der guten nominellen Wirtschaftsentwicklung legen die Steuereinnahmen zu, allerdings führt die hohe Inflation etwas verzögert zu steigenden staatlichen Ausgaben, etwa für Lohn- und Gehaltszahlungen oder für die Valorisierung der Sozialausgaben. Für das Jahr 2024 wird gegenwärtig von einem Defizit von 2,3 % des BIP ausgegangen. Das Institut sieht den weiterhin expansiven Charakter der Fiskalpolitik vor dem Hintergrund der hartnäckigen Inflation kritisch. Eine nachhaltige Budgetkonsolidierung ist notwendig, um Spielräume für die Finanzierung der künftigen Ausgaben für den demografischen Wandel, für steigende Zinszahlungen und für die Erreichung der Klimaziele zu schaffen.

Die Prognose ist mit hohen Unsicherheiten behaftet, wobei die Abwärtsrisiken weiterhin dominieren. Das größte Risiko dürfte gegenwärtig von der hartnäckigen Inflation ausgehen. Zu deren Bekämpfung könnte eine noch stärkere Straffung der Geldpolitik notwendig werden. Dies würde die Konjunktur dämpfen und die Risiken für die Stabilität der Finanzmärkte erhöhen. So wurden in den Vereinigten Staaten einige kleinere bzw. mittlere von Insolvenz bedrohte Banken unter die Kontrolle der Aufsichtsbehörde gestellt und in der Schweiz musste die Credit Suisse durch eine Übernahme durch die UBS gerettet werden. Gegenwärtig geht das Institut aber davon aus, dass vor dem Hintergrund der stärkeren Regulierung kein systemisches Risiko auftritt und es nicht zu einer Bankenkrise kommt. Dafür spricht auch, dass die Ursache für die Bankprobleme nicht notleidende Kredite sind. Ein weiteres Risiko geht von den in einigen Ländern fallenden Immobilienpreisen aus. Der milde Winter und die Einsparungen beim Energieverbrauch haben zwar dazu geführt, dass es zur Jahreswende 2022/23 nicht zu einer Rezession im Euroraum gekommen ist, allerdings stellt die Sicherung der Energieversorgung weiterhin ein Risiko für die Prognose dar. Stark steigende Energiepreise, etwa ausgelöst durch eine Eskalation des Kriegs gegen die Ukraine, im Verein mit einem kalten Winter würden die Konjunktur in Europa wohl merklich verlangsamen.

Auch für die heimische Wirtschaft dominieren die Abwärtsrisiken. Persistente Inflationsdifferenziale zu den Handelspartnern gefährden über höhere Lohnabschlüsse die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen. Die deutlich höheren Baupreise und die gestiegenen Finanzierungskosten könnten die Bauinvestitionen einbrechen lassen. Trotz der hohen Speicherstände würde ein starker Anstieg der Gaspreise im Falle eines strengen Winters wohl die Wirtschaftsleistung zur Jahreswende 2023/24 dämpfen. Ein stärkerer Rückgang der Inflation würde hingegen die Wirtschaft beleben.

Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt, real	5,0	0,5	1,4
Privater Konsum, real	4,1	0,6	1,8
Bruttoinvestitionen, real	-2,0	0,1	2,1
Bruttoanlageinvestitionen, real	-0,9	-0,7	1,0
Ausrüstungsinvestitionen, real	-0,8	0,0	2,0
Bauinvestitionen, real	-1,0	-1,5	0,0
Inlandsnachfrage, real	2,0	0,1	1,3
Exporte i. w. S., real	11,1	1,7	3,2
Waren, real (laut VGR)	7,5	1,0	3,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	86,9	14,0	6,0
Importe i. w. S., real	5,7	1,1	3,2
Waren, real (laut VGR)	2,8	0,7	3,3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	44,6	10,0	2,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	3,0	1,0	0,9
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	6,3	6,3	6,2
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	4,8	4,9	4,8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	4,5	7,5	6,3
Preisindex des BIP	5,0	6,4	3,7
Verbraucherpreisindex	8,6	7,5	3,5
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ	-3,1	-2,9	-2,3
3-Monats-Euribor ⁱ	0,3	3,6	3,9
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	1,7	3,4	3,7

ⁱabsolute Werte

Quellen: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2023 Prognose des IHS

Tabelle 2: Internationale Rahmenbedingungen
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2020	2021	2022	2023	2024
BIP, real					
Deutschland	-3,7	2,6	1,8	0,2	1,8
Italien	-9,0	7,0	3,7	0,5	1,0
Frankreich	-7,8	6,8	2,6	0,6	1,3
Vereinigtes Königreich	-11,0	7,6	4,0	-0,5	1,0
Schweiz	-2,5	4,2	2,1	0,8	1,9
USA	-2,8	5,9	2,1	1,1	1,3
Japan	-4,3	2,1	1,0	1,7	1,0
China	2,2	8,4	3,0	5,3	4,0
Polen	-2,0	6,8	4,9	0,8	2,5
Slowakei	-3,4	3,0	1,7	0,7	2,3
Tschechien	-5,5	3,6	2,4	0,3	2,3
Ungarn	-4,5	7,1	4,6	0,5	2,5
Slowenien	-4,3	8,2	5,4	1,3	2,3
MOEL-5 ⁱ	-3,2	5,9	4,1	0,7	2,4
Bulgarien	-4,0	7,6	3,4	1,3	3,0
Rumänien	-3,7	5,8	4,8	2,8	3,3
Kroatien	-8,6	13,1	6,3	1,5	2,5
Russland	-2,7	5,6	-2,1	-2,8	1,0
Euroraum	-6,1	5,4	3,5	0,6	1,5
NMS-6 ⁱⁱ	-3,5	6,5	4,4	1,3	2,6
EU-27	-5,6	5,4	3,5	0,6	1,6
OECD	-4,4	5,6	2,8	1,1	1,6
Welt	-3,2	6,2	3,4	2,6	2,9
Welthandel (Waren laut CPB)	-5,1	10,3	3,2	1,3	3,7
Österreichische Exportmärkte	-8,5	10,0	6,0	1,3	3,3
USD/EUR-Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,14	1,18	1,05	1,08	1,08
Rohölpreis ⁱⁱⁱ	42,8	70,7	100,8	82,0	77,0

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

ⁱⁱⁱabsolute Werte

Quellen: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, Refinitiv Datastream, ab 2023 Prognose des IHS

Rückfragehinweise

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Kontakt

Klaus Neusser

T +43 1 59991-125

E neusser@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Melanie Gadringer (Pressesprecherin)

T +43 1 59991-212

E gadringer@ihs.ac.at